

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementspreis 0,65 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Ersch.-Zentralrat)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 1720.

Nr. 70.

Berlin, Mittwoch, 1. September 1909.

Einundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Der Schwedische Arbeiterbund und der Generalstreik. — Bildungshunger. — Kinderarbeit und Einfuhrhandel in Ägypten. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Teil. — Verbands-Teil. — Literatur. — Anzeigen-Teil.

Der Schwedische Arbeiterbund und der Generalstreik.

Der „Vorwärts“ hatte den Schwedischen Arbeiterbund, für dessen Mitglieder die von uns gesammelten Unterstützungsgelder bestimmt sind, eine gelbe Organisation genannt, weil der Zentralvorstand die Wiederaufnahme der Arbeit, da, wo es möglich sei, angeordnet hatte. Nun will es gewiß nichts belagen, wenn der „Vorwärts“ eine Organisation als gelbe bezeichnet. Wer nicht sozialistisch ist, muß sich diesen blödsinnigen Vorwurf gefallen lassen. Sowohl die christlichen Gewerkschaften als auch die Deutschen Gewerkevereine sind von jenem Blatte in dieser Weise beschimpft worden. Wir haben uns nun an den Vorstand des Schwedischen Arbeiterbundes gewendet mit dem Ersuchen, uns einen Bericht über die Entwicklung der ganzen Bewegung zu erstatten. Der Bericht liegt jetzt vor und teilt zunächst den Grund mit, warum der Bund vor dem Ausbruch des Generalstreiks seine Mitglieder aufforderte, sich an demselben zu beteiligen. Die Zusage hat folgenden Wortlaut:

Der Generalstreik war die Antwort der sozialistischen Landesorganisation auf die von den Arbeitgebern proklamierte Aussperrung, und diese Aussperrung war eingetreten, weil die Arbeiter innerhalb gewisser Branchen sich nicht mit den von den Arbeitgebern vorgelegenen Lohnreduktionen zufrieden geben wollten. In seinem ersten Stadium betraf also der Streik die Frage, ob die Lohnverhältnisse der Arbeiter sich verschlechtern sollten oder nicht, und dies war der Grund, weshalb der Schwedische Arbeiterbund mit der sozialistischen Landesorganisation gemeinsame Sache machte und die Arbeit niederlegte.

In seinem Rundschreiben an die Mitglieder wegen Beteiligung am Generalstreik wurde jedoch betont, daß ein Vertragsbruch in keinem Falle vorkommen dürfe. Der Bund markierte ferner als seine bestimmte Auffassung, daß der Generalstreik eine Waffe ist, die nicht anders als möglicherweise in außerordentlichen Fällen als vom Arbeiterstandpunkt völlig entschuldbar gedacht werden kann, und hob als notwendig hervor, daß alle Arbeiter in einer für die ganze Arbeiterklasse würdigen Weise auftraten.

Es stellte sich indessen bald heraus, daß die sozialistische Landesorganisation den Generalstreik entweder nicht innerhalb der ursprünglich abgesteckten Grenzen halten konnte oder es nicht wollte. In mehreren Fällen weigerten sich Mitglieder von Fachvereinen der Landesorganisation, sich am Streik zu beteiligen, und in anderen Fällen beteiligten sich Arbeitergruppen an der Arbeitsniederlegung, trotz der ihnen erteilten Order der Landesorganisation, sich nicht zu beteiligen. So traten u. a. die Beleuchtungsarbeiter der Stockholmer Gaswerke und die Totengräber dem Streik bei, obgleich sie die ausdrückliche Weisung erhielten, in der Arbeit zu bleiben. Dagegen wurde von der Landesorganisation ein harter Druck auf die Typographen und Eisenbahnerverbände ausgeübt, dem Streik beizutreten. Diese Befehle hatten auch Erfolg insofern, als die Mitglieder des Typographenverbandes die geltenden Verträge mit ihren Arbeitgebern übertraten und die Arbeit niederlegten, damit eine allgemeine Verbitterung gegen den Streik hervorgerufen, zumal in der nicht-

sozialistischen Presse. Und diese Verbitterung wurde in hohem Grade dadurch gesteigert, daß die sozialistische Landesorganisation das Recht erhielt, eine vollständige Zeitung herauszugeben. Auf diese Art wurde das „freie Wort“ zugunsten einer einzelnen Partei monopolisiert. Diesem Unfug müssen sich alle Arbeiter, die nicht den Sozialismus als den einzigen, rechten Vertreter ihrer Interessen anerkennen wollen, mit dem schärfsten Protest widersetzen.

Schließlich muß unser Bund auf das entschiedenste gegen den teilweise injenzierten Entsetzstreik protestieren, der, wenn er vollständig gegliedert wäre, dem Lande unerlebbare Verluste bereiten würde. Ein solcher Streik hätte auch auf die Zwistigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern innerhalb der Industrie gar keinen Einfluß ausgeübt und war daher vollkommen zwecklos.

Durch die offensbaren Vertragsbrüche usw. war der Generalstreik auf ein ganz anderes Niveau als das ursprüngliche gekommen. Die Landesorganisation hatte den Streik weit über das Gebiet hinaus erweitert, auf welchem sich der Streik ursprünglich bewegte, und ihn zu einem Angriff auf das Gemeinwesen selber getrieben — durch die Angriffe auf die Funktionen desselben und durch seine Verstöße gegen Verträge und Vereinbarungen.

Der Schwedische Arbeiterbund konnte selbstredend die neue Richtung, die der Generalstreik in seinem letzten Stadium erhielt, nicht gutheißen, weil dies eine Sanktionierung der offenen Vertragsbrüche von seiten des Bundes bedeutete hätte. Er mußte daher seine Mitglieder auffordern, die Arbeit an den Plätzen, wo solches möglich war, wieder aufzunehmen.

Was die Behauptung des „Vorwärts“, daß „der Streik bis auf diesen Augenblick programmgemäß verlaufen ist“, anbelangt, so ist diese Behauptung, wie auch aus obigem hervorgeht, absolut unmaß. Das „Programm“ wurde in der Proklamation kundgegeben, welche das Landessekretariat am 24. Juli erließ, und enthielt folgende Hauptpunkte:

1. daß die nun stattfindenden Verhandlungen mit dem Schwedischen Arbeitgeberverein fortgeführt werden sollen, zu dem Zwecke, ein für die Arbeiter befriedigendes Abkommen zustande zu bringen;
2. daß, falls ein annehmbares Abkommen nicht aufzuwege zu bringen ist und die Arbeitgeber ihren Plan vom 14. Juli 1909, weitere Aussperrungen am 28. Juli und 2. August dieses Jahres vorzunehmen, gemäß dem vom Schwedischen Arbeitgeberverein gefassten Beschlusse, aufrechtzuerhalten, das Landessekretariat eine Proklamation ausarbeiten soll, in welcher an die Mitglieder der Landesorganisation appelliert wird, im ganzen Lande vom 4. August 1909 ab die Arbeit niederzulegen, um dadurch ein annehmbares Abkommen zu erzwingen und den Riesenstreik schneller zum Austrag zu bringen;
3. daß die Arbeit nicht niedergelegt werden soll, wenn dieselbe mit der Pflege kranker Menschen oder lebender Tiere zusammenhängt, ebensowenig bei Beleuchtungs- und Wasserwerken und bei der Straßenreinigung;
4. daß jegliche Unterstützung mit der hier erwähnten Erweiterung des Streites aufhört;
5. daß das Landessekretariat beauftragt wird, den eventuell in der Arbeit verbleibenden Mitgliedern so hohe Streikbeiträge aufzuerlegen, wie sie angemessen scheinen, um Mittel zur Unterstützung für die Nachwehen dieses Streites zusammenzubringen.

Aus diesem Programm ist deutlich ersichtlich, teils daß der Generalstreik nur die Mitglieder der sozialistischen Landesorganisation betreffen sollte, teils auch daß die Arbeitsniederlegung die „Beleuchtungs- und Wasserwerke und die Straßenreinigung“ nicht mit umfassen sollte.

Wie hat nun die Landesorganisation dieses ihr ursprüngliches Programm durchgeführt? In

der Weise, daß sie mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln versucht hat, auch solche Arbeitergruppen in den Streik hereinanzuziehen, die außerhalb der sozialistischen Landesorganisation standen und Verträge hatten mit den betreffenden Arbeitgebern, wie z. B. der schwedische Typographenbund, der Eisenbahnerverband u. a. m. Ferner hat die Landesorganisation bewiesen, daß sie nicht Autorität genug besitzt, einen Teil der Arbeiter in der Arbeit zurückzuhalten, welche bei „Beleuchtungs-, Wasserwerken und Straßenreinigung“ angestellt sind und die von der Arbeitsniederlegung nicht berührt werden sollten.

Die Landesorganisation ist demnach tatsächlich weit über das ursprüngliche Programm hinausgegangen — so weit, daß der Schwedische Arbeiterbund sich für seinen Teil zurückziehen mußte. Durch die Vertragsbrüche kam der Generalstreik auf ein ganz anderes Niveau als das, auf welchem er sich ursprünglich befand. Diese Tatsache kann von keinem bestritten werden.

Daß der Beschluß des Schwedischen Arbeiterbundes wegen Beteiligung am Generalstreik eine „Kriegslist“ vom Direktor des Schwedischen Arbeitgebervereins sein sollte, ist eine gemeine Lüge. Es ist der Vorstand des Schwedischen Arbeiterbundes, welcher ohne die geringste Einwirkung von anderer Seite beschloß, sich an der Arbeitsniederlegung zu beteiligen, und es ist auch der Vorstand, welcher nach Einholung der Meinung des Vertrauensrates beschloß, am 23. August die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen.

Bereits vor dem Ausbruch des Generalstreikes hatte sich der Schwedische Arbeiterbund volle Handlungsfreiheit vorbehalten. Der Bund ist natürlich keinerlei Verpflichtung eingegangen, sich am Generalstreik zu beteiligen, wie dieser sich auch entwickeln würde.

Somit der uns zugegangene Bericht. Daraus ist jedenfalls zu erkennen, daß die Forderungen des „Vorwärts“ über den Schwedischen Arbeiterbund ebenso unhaltbar sind wie seine Schilderung des schwedischen Unternehmertums, die selbst von der sozialdemokratischen Presse Schwedens als „falsch und irreführend“ bezeichnet wurde. Es empfiehlt sich also, den Mitteilungen des sozialdemokratischen Zentralorgans nicht allzu großes Vertrauen entgegenzubringen.

Bildungshunger.

Was ist Bildung? Fragen wir danach hundert Menschen, so werden wir hundert verschiedene Meinungen hören. Jemand, der den Doktor- oder gar Professortitel sich erwarb, wird gewöhnlich für unbedingt „gebildet“ gehalten. Stellt man jedoch diesen vor irgend eine Aufgabe, die nicht zufällig in sein Fach schlägt, so wird er genau so unwissend sein wie ein Durchschnittstageselöhner; also ist dieses nicht das, was dem Begriff „Bildung“ entsprechen könnte.

Bildung heißt: Jenen hohen Grad von Kenntnissen und Erfahrungen besitzen, die die Fähigkeit verleihen, allem, was von menschlichen Sinneswerkzeugen erfasst werden kann, inniges Verständnis entgegen zu bringen.

Unsere Zeit nennt man mit Recht das „Zeitalter der Unzufriedenheit“; in keiner Zeit ist bisher die Unzufriedenheit so groß gewesen wie in unserer. Der beispiellos verhärtete „Kampf ums Dasein“, also die soziale Frage, ferner unbefriedigte Bildungsbedürfnisse sind die Gründe der Unzufriedenheit.

Fast alle Kulturländer haben Volksschulgesetze, die eine gewisse Mindestbildung dem Volke aufzwingen. Ihr Wert ist für die Kultur unschätzbbar, und doch werden diese vielen Menschen, die ohne

diese Gesetze in glücklicher Beschränkung hin-
duckeln, zum Fluche. Mit der Mindestbildung,
etwas Schreiben, Lesen und Rechnen, ist ins Volk
das Verlangen nach höherer Bildung gelegt, und
diesem edlen Drange wird vom Staate sehr un-
genügend Rechnung getragen. Staatliche Mittel-
und Hochschulen, obwohl in der Theorie allen zu-
gänglich, sind in der Praxis doch nur Vorrecht be-
mittelter Klassen. Der vom Drange nach Bildung
beeulte, in vielen Fällen entwicklungs-
fähige, vielleicht zu Großem geborene Mensch
kann weder seinen Wissensdurst befriedigen, noch
seinen Bildungshunger stillen.

Die Volksbildungsbewegung mit ihrer großen,
schönen Aufgabe: „Befriedigung der Bildungs-
bedürfnisse Mittelsofer“ wird sicher einmal ihr Ziel
erreichen; aber Laufende werden inzwischen noch
die fürstbarsten Qualen ungestillten Dranges nach
Bildung fühlen. Doch diese Qualen sind zu lind-
ern, ja sogar zu stillen; Selbstbildung ist das
Mittel.

Die Deutschen Gewerbevereine, die die Aufgabe
der Milderung des „Kampfes ums Dasein“ um
ein Beträchtliches lösen, haben seit ihrer Gründung
die Notwendigkeit der Verbreitung von Bildung
und Wissen anerkannt. Fast jeder Ortsverein ist
im Besitz einer schönen Bibliothek, die allen Mit-
gliedern unentgeltlich zur Verfügung steht. Die
Ortsversammlungen werden mit interessanten,
lehrreichen Vorträgen ausgefüllt. In allen grö-
ßeren Städten bestehen Diskutierklubs, die gleich-
falls ihre Tätigkeit der Allgemeinbildung widmen.
Gewerbevereiner, die in Erkenntnis ihrer höheren
Fähigkeiten von dem Wunsche befeelt sind, diese
Fähigkeiten in den Dienst der Menschheit zu stellen,
um ohne Rücksicht auf eigenen Gewinn die Ge-
samtheit zu fördern, sind hier bemüht, alle von
dem Drange nach Bildung Beiseiten zu sammeln,
durch geeignete Vorträge und Diskussionen diese
für die Selbstbildung anzuregen. Hier hat jedes
Mitglied die Gelegenheit, sich im Versammlungs-
saal, Protokollführer usw. die notwendigen
Fähigkeiten anzueignen.

Der Sommer geht zur Neige. Da beginnt
wieder die Tätigkeit der Diskutierklubs. Die
Ortsvereinsausschüsse haben die
Pflicht, in jeder Versammlung auf den
Wert dieser Bildungsstätten hinzuweisen. Aber
nicht nur das; es ist auch notwendig, die Adressen
der nach höherer Bildung strebenden Mitglieder
einzusammeln und diese den Diskutierklubs mitzu-
teilen, die es dann in die Hand nehmen, diese Mit-
glieder zur kräftigen Mitarbeit heranzuziehen.

Vom 3. September ab entfaltet der
Diskutierklub Moabit jeden Frei-
tag, abends 8 1/2 Uhr, im Moabit-Ver-
einshaus, Waldstr. 53, seine Tätigkeit.
Während des Herbstes werden folgende Vorträge
stattfinden: Selbstbildung, Handelspolitik, Steuer-
wesen, Gemeindefortschritt, Koalitionsrecht,
Arbeitsgesellschaften, rechtliche Stellung des Arbeit-
ers im heutigen Großbetrieb, Arbeiterorganisa-
tionen, Arbeitgeberorganisationen, Arbeiterschutz,
Reichsversicherung, Fabrikinspektionen, Arbeiter-
wohlfahrt, Arbeitslohnfürsorge und Erwerbs- und
Wirtschaftsgenossenschaften.

Gewerbevereiner, die ihr bestrebt sind, unsere
Organisation vorwärts zu bringen, sorgt für
Heranbildung tüchtiger Agitationskräfte.

3. St.

Bei dieser Gelegenheit sei gleichzeitig darauf
aufmerksam gemacht, daß auch der Diskutier-
klub der Deutschen Gewerbevereine,
der jeden Mittwoch abends von 8 1/2—10 1/2 Uhr im
Berliner Verbandsbause tagt, am 8. September
eine regelmäßigen Sitzungen wieder aufnimmt.
Derselbe veranstaltet in den Herbst- und Winter-
monaten einen Zyklus von Vorträgen aus dem Ge-
biete der allgemeinen Volkswirt-
schaftslehre. Zur Erörterung gelangen
zuerst „Die Elemente des Wirtschafts-
lebens“ und das „System der kapitali-
stischen Verkehrswirtschaft“, wobei
der Markt, das Geldwesen, das Kreditwesen, der
Preis behandelt werden. Dann wird das Wesen
der kapitalistischen Unternehmung und der Ver-
teilungsprozess eingehend besprochen. Neben die-
sen theoretischen Erörterungen finden auch die
sozialpolitischen Tagesereignisse
gründliche Besprechung. Jeder Gewerbevereins-
kollege ist herzlich willkommen.

**Kinderarbeit und Einfuhrhandel in
Ägypten.**

Vor kurzem hat die schweizerische Handels-
agentur in Alexandrien einen Bericht über die
wirtschaftlichen Verhältnisse im Lande der Pyra-
miden veröffentlicht, aus dem das „Handels-
museum“ einige interessante Angaben über die
Beschäftigung der Kinder und deren Einfluß auf
die Gestaltung der Handelsverhältnisse macht.
Durch ein im Juli laufenden Jahres in Kraft ge-

tretenes Dekret wurde die Kinderarbeit in den
ägyptischen Fabriken infolgedessen beschränkt, als in
den sogenannten Egrenierfabriken, Unter-
nehmungen für Baumwollentkernung, Kinder
unter neun Jahren weder beschäftigt, noch
überhaupt in die Arbeitsräume zugelassen werden
dürfen. Die Beschäftigung von Kindern im
Alter von neun bis dreizehn Jahren
ist für dieselben Fabriken ebenfalls unterlagt,
wenn den zur Aufsicht eingeleiteten amtlichen In-
spektoren keine Alters- und Arbeitsfähigkeitsatteste
erbracht werden können. Handelt es sich um Kin-
der, deren Alter durch amtliche Beglaubigungen
ohne weiteres nicht zu erweisen ist, so entscheidet
die ärztliche Untersuchung. Ohne eine Sonder-
erlaubnis dürfen die zur Fabriksarbeit zugelassenen
Kinder nicht mehr als acht Stunden pro
Tag und niemals bei Nacht (7 Uhr abends
bis 5 Uhr morgens) beschäftigt werden. In Räu-
men, wo gefährliche Maschinen stehen, ist
die Beschäftigung von Kindern gänzlich unterlagt.
Der Aufenthalt der Kinder in den Fabriken ist auf
die Tagesstunden und auf ein Maximum von
zwei Stunden beschränkt. Diesen Vorschriften
entsprechende Kontrollregister müssen,
leicht sichtbar, in allen Egrenierfabriken ange-
bracht werden, und eine diesbezügliche Kontrolle soll
jeberzeit von amtlichen Inspektoren vorgenommen
werden können. Es ist dem Ministerium des
Innern, das die Handhabung dieser Verordnungen
zu überwachen hat, überlassen, dieselben Bestim-
mungen auch gegenüber allen an-
deren Fabriksbetrieben in Anwendung zu
bringen.

Das Gesetz bedeutet nicht nur eine Beschrän-
kung der Großbetriebe in bezug auf Arbeitsangebot
und Lohnhöhe, sondern auch eine sehr beachtens-
werte Einschränkung der bisherigen Volks-
gepflogenheiten. Alljährlich werden Tausende von
kleinen, kaum achtjährigen Jungen von ihren
Eltern, Verwandten und Bekannten nach den ägypti-
schen Großstädten gebracht, um hier, 1000 und
mehr Kilometer von ihrer Familie entfernt, nicht
nur ihr Brot, sondern auch noch einige Ersparnisse
zu verdienen. Nicht nur in den Großbetrieben,
sondern auch im Kleingewerbe, im letzteren
in den schlechtesten Räumen untergebracht, sieht
man Laufende dieser ausgehungerten Geschöpfe in
anstrengender und oft sehr gesundheitsgefährlicher
Arbeit ihren geringen Lohn verdienen. Der Bauer
schickt seine Mädchen in die Baumwollentkernungs-
anstalten, der unterägyptische Handwerker seine
Jungen in die mechanische Spinnerei und Weberei.
Der Städter findet sie in die Gipsmühlen, Zement-
fabriken, Ziegeleien usw., während der Kubier
allein seinen frühbeschäftigten Kindern wenigstens
insofern noch ein besseres Los zuteil werden läßt,
als er sie als Stiefelpußer, Laufjungen usw. in
frischer Luft und ohne allzu drückende Arbeit
heranzuziehen läßt.

In seiner später zu erwartenden Anwendung
auf alle ägyptischen Fabriksbetriebe wäre das er-
wähnte Dekret nicht nur in gesundheitlicher Hin-
sicht, sondern auch für den ägyptischen Ein-
fuhrhandel von einer beachtenswerten Rück-
wirkung. Ägypten hat in den letzten Jahren nicht
nur auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen In-
dustrien, sondern auch in anderer Beziehung eine
Reihe von industriellen Gründungen zu verzeichnen
gehabt, die zwar nicht alle reuflert, in ihrer All-
gemeinheit die Umsatzziffern des Importhandels
aber immerhin zu beschränken vermochten. Viele
dieser Unternehmungen können den Konkurrenz-
kampf mit außerägyptischen Fabriken nur infolge
der billigeren Arbeitslöhne bestehen,
und diese wieder sind nicht zum wenigsten auf die
billige Verwendung von Kindern zurückzuführen.
Während die Leistungen der Kinder denen der Er-
wachsenen oft nicht nur gleich, sondern sogar über-
legen sind, sind die Löhne dieser armen Kinder in
den meisten Fällen ganz unerhört niedrig, jeden-
falls in keinem Verhältnisse zu der Kulturstufe, auf
welche sich das ägyptische Volksleben in sonstiger
Beziehung zu heben vermochte.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 31. August 1909.

Der volkswirtschaftliche Kursus, dessen Ab-
haltung der Zentralrat in seiner letzten Sitzung
beschlossen hat, findet vom 22. November bis 18.
Dezember in Berlin statt; er dauert also vier
Wochen. Das Programm ist endgültig festgestellt.
Genauer darüber sowie die Namen der in Aus-
sicht genommenen Dozenten werden demnächst be-
kannt gegeben werden. Diejenigen Kollegen, die
auf Kosten ihres Generalrates an dem Kursus teil-
nehmen und auch solche, die auf eigene Kosten die
Sache mitmachen wollen, werden ersucht, von obig-
em Notiz zu nehmen und ihre Vorbereitungen
danach zu treffen.

Die sächsischen Landtagswahlen stehen vor der
Tür. Die Parteien rüsten sich zum Wahlkampf
und haben auch bereits ihre Kandidatenlisten auf-
gestellt, die allerdings teilweise noch erhebliche
Lücken zeigen. Auch die auf nationalem Boden
stehenden sächsischen Arbeiter haben ein dringendes
Interesse daran, Vertreter aus ihren eigenen
Reihen im Landtage zu sehen. Sie verlangen des-
halb, daß die bürgerlichen Parteien auch aus den
Reihen der Arbeiter Kandidaten entnehmen und
haben dieses Verlangen auch deutlich bei den
Parteileitungen zum Ausdruck gebracht. Leider
haben sie nur wenig Gehör gefunden. Denn wie
es in der Zukunft eines nationalen Arbeiters an
die „Leipziger Neuesten Nachrichten“ heißt, haben
es die Parteien erst zu zwei wirklichen Arbeiter-
kandidaten gebracht, von denen einer Vertreter der
Industriearbeiter ist. Darin kann eine aus-
reichende Vertretung der nationalen Arbeiterschaft
nicht erblickt werden, um so weniger, als ihre Wahl
keineswegs sicher ist. Der betreffende Arbeiter
richtet deshalb nochmals an die gesunde Vernunft
der politischen Führer in den bürgerlichen Lagern
den dringenden Appell, dafür zu sorgen, daß die
nationalen Arbeiter eine bessere Berücksichtigung
finden als bisher. Es müßte sich eigentlich von
selbst verstehen, daß die national gesinnten Kreise
zur Durchführung von Arbeiterkandidaten bereit
sind. Abererbreits verlangen die nationalen Ar-
beiter nicht nur schöne Worte, sondern auch Taten
seitens der übrigen Stände für ihre Bewegung.

Was der Verfasser dieser Zeitschrift zum Aus-
druck bringt, verdient weitestgehende Beachtung
und Beherzigung, und wir wünschen, daß die
bürgerlichen Parteien in Sachen Verständnis für
seine Beschwerde zeigen. Allerdings, große Hoff-
nungen hegen wir nicht. Die bürgerlichen Par-
teien — das muß einmal offen ausgesprochen wer-
den — zeigen den Wünschen der nichtsozialistischen
Arbeiter auf Vertretung in den Parlamenten nicht
nur in Sachen, sondern auch anderswo nicht die
genügende Beachtung. Das ist zwar bedauerlich,
kann aber nicht geleugnet werden. Wenn der
Appell jenes sächsischen Arbeiters in dieser Be-
ziehung eine kleine Wandlung brächte, wir wür-
den uns am meisten darüber freuen.

Ein eigenartiges Sparsystem will man im
Großherzogtum Baden zur Durchführung bringen.
Die Generaldirektion der badischen Eisen-
bahnen nämlich hat einen Erlaß veröffentlicht, in
welchem es u. a. heißt:

„Die Vereinfachung im Eisenbahnbetriebe wird
eine erhebliche Anzahl von Arbeitern entbehrlich
machen. Da Entlassungen nicht vorgenommen werden
sollen, haben die überflüssigen Arbeiter eine ihnen zu-
gewiesene Arbeitsgelegenheit anzunehmen, auch
dann, wenn sich dieselbe außerhalb
ihres Wohnortes befindet. Lebt der Ar-
beiter das ab, so ist er als gefündigt zu be-
trachten. Invalide Arbeiter, die infolge
ihren hohen Alters oder sonstiger Gebrechen keine richtige
Verwendung finden können, müssen ausge-
schieden werden. Sie erhalten mit ihrer In-
validenrente eine jährliche Beihilfe. Auch bei den Be-
amten ist zu prüfen, ob sie — nachdem sie älter als
55 Jahre sind — noch auf ihrem Posten belassen
werden können.“

Es soll außerdem in den Betriebswerkstätten
ein neues Affordyssystem zur Einführung gelangen,
das den Arbeitern erhebliche finanzielle Nachteile
bringt.

Es muß die Arbeiter sowohl, als auch die Be-
amten sonderbar anmuten, wenn sie in einer Zeit,
in der die Preise für Nahrungsmittel eine nahezu
unerschwingliche Höhe erreicht haben, in der ferner
durch die neuen Steuern auch sonst die Lebenshal-
tung ungemein erschwert wird, in dieser Weise
gegen sie vorgegangen wird. Die Folge ist denn
auch eine große Erbitterung, die sich bei den ersten
besten Gelegenheit schon Ausdruck verschaffen wird.

Arbeiterbewegung. Den Ausschüssen,
Schmieden und Hilfsarbeitern in
Dreslau ist es nach 4wöchentlichem Kampfe
gelungen, einen Tarif zum Abschluß zu bringen,
der die Einführung der 9 1/2stündigen Arbeitszeit,
sowie eine Regelung der Lohnverhältnisse zu-
gunsten der Arbeiter gewährt. Für Ueber-
stunden und Sonntagsarbeit sind außerdem pro-
zentuale Zuschläge bewilligt worden; auch die
Lohnzeit wird als Arbeitszeit gerechnet. Eine
Schlichtungskommission unter Leitung des Ge-
werberichtsvorsitzenden soll noch gebildet werden.
Der Tarif gilt bis zum 31. März 1911. Der Er-
folg ist in erster Linie dem einmütigen Vorgehen
der beteiligten Organisationen zu verdanken. —
Die Aktiver der Firma Vorfis in Lege,
welche wegen fortgesetzter Lohnabzüge in den
Streik getreten waren, haben die Arbeit aufge-
nommen, nachdem die Lohnreduktionen zurück-
genommen worden sind. — Bei der Firma Krüger
u. Blumthal in Bünde i. W. wurden gegen 100

Zigarenenarbeiter entlassen und ihre Wiedereinstellung davon abhängig gemacht, daß sie aus der Organisation austreten. Infolgedessen haben die Arbeiter die Wiederaufnahme der Arbeit abgelehnt. — Wegen Ablehnung einer Stundenlohnerhöhung um 2½ Pfg. sind in Swinemünde die Bauhilfsarbeiter in den Streik getreten. — Die Lohnbewegung der Binnenhäufel auf der Elbe und Havel dauert noch immer fort. Die Arbeitgeber mahnen in einem Aufruf zu einer Ermäßigung der Lohnforderungen, weil im letzten Jahre die Betriebsergebnisse sehr ungünstig gewesen sind. Der Ausbruch des Kampfes wird jeden Augenblick erwartet. — Die Jungbierfahrer in Berlin haben die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem ihnen seitens der Brauereien bezüglich des Bierpreises Entgegenkommen gezeigt worden ist.

Die in den Pariser Theatern angestellten Maschinisten verlangen eine Lohn-erhöhung und Verbesserung der Arbeitsverhältnisse. Bei Ablehnung ihrer Forderungen wollen sie in den Streik treten. — Die Leichter- schiffer in London wollen den Generalstreik proklamieren, falls ihnen die gewünschte Verkürzung der Arbeitszeit nicht bewilligt werden sollte. — Der Streik der Bauarbeiter in Paris hat eine Ausdehnung erfahren; ein großer Teil der Ziegeleiarbeiter hat sich den Ausständigen angeschlossen.

Dem soeben erschienenen Jahrbuch des Allgemeinen Verbandes Deutscher Erwerbs- und Wirtschafts-genossenschaften nach Schulze-Delitzsch für 1908 ist zu entnehmen, daß die Gesamtzahl der eingetragenen Genossenschaften im Deutschen Reich von 26 851 im Vorjahre auf 28 173 am 1. Januar 1909 gestiegen ist. Die wirtschaftsstatistischen Mitteilungen enthalten manches Bemerkenswerte, namentlich über die Tätigkeit der Verbands-genossenschaften. Von 919 Kreditgenossenschaften des Verbandes mit 577 987 Mitgliedern wurden 3508,7 Millionen Mark Kredite gewährt. Die Ausstände von Krediten am Jahres- schluß betragen 1146,8 Millionen Mark. Die gesamten Betriebsmittel besaßen sich auf 1264 Millionen Mark, wovon 277 Millionen in eigenem Vermögen und 987 Millionen in fremden Geldern bestehen. Der Reingewinn beträgt 19½ Millionen Mark, die Verlustziffer 1,8 Millionen. Quantitativer Durchschnittssatz der Dividende 0,27 Proz. Umsatz in allen Geschäftszweigen: 11 Milliarden 823 Millionen Mark. Bei Einteilung der Mitglieder in Berufs-klassen wird festgestellt, daß die selbständigen Landwirte und Handwerker die Hälfte aller Mitglieder umfassen. Von den Konsumvereinen des Allgemeinen Verbandes reichten 266 mit 257 082 Mitgliedern ihre Abschlüsse ein. Der Verkaufserlös betrug 65,2 Millionen Mark bei einem Gesamtbetriebskapital von 12 Millionen Mark, das sich aus 7,9 Millionen Mark eigenem Vermögen und 4,1 Millionen Mark fremden Geldern zusammensetzt. Aus dem Reingewinn von 7,1 Millionen Mark wurden den Mitgliedern 6,7 Millionen Mark hauptsächlich als Einkaufsdividende zurückgewährt und u. a. zu gemeinnützigen und wohltätigen Zwecken 63 713 Mark verwendet. Von 154 Baugenossenschaften wurden seit deren Bestehen 4914 Häuser mit einem Kostenaufwand von 97,3 Millionen Mark errichtet. Von den Rohstoffgenossenschaften des Verbandes ergielten 23 im Jahre 1908 einen Verkaufserlös von 7,9 Millionen Mark. Es folgen Angaben über kleinere Gruppen gewerblicher Genossenschaften, sowie Zusammenstellungen über die Tätigkeit der Genossenschaften der meisten bestehenden Verbände, woraus hervorgeht, daß die Genossenschaften des Allgemeinen Verbandes, soweit beteiligt, teils absolut, teils verhältnismäßig hohen und höchsten Anteil an dieser Gesamttätigkeit haben.

Fleischkonsum und Arbeiterschaft. Die Statistik rechnet uns vor, daß auf den Kopf der Bevölkerung ein jährlicher Fleischkonsum von fast 50 Kilogramm entfällt. Die amtlichen Veröffentlichungen über Haushaltsrechnungen zeigen allerdings, daß dieser Konsum von der Arbeiterschaft, den mittleren Beamten und in weiten Kreisen des Mittelstandes nicht erreicht wird. Wie es mit dem Fleischkonsum der Arbeiterschaft bestellt ist, zeigen aber noch treffender folgende Mitteilungen: Aus Bochum wird berichtet, daß der Arbeiter-rang zur Freibank oft so stark ist, daß die Leute sich schon viele Stunden vor dem Verkauf an dem Tore aufstellen, darunter viele schulpflichtige Kinder. Auf eine Beschwerde der Lehrer hin stellte die Polizei an einem Verkaufstage die Namen der Kinder fest und erfuhr, daß sie zum Teil schon morgens um 3 Uhr vor ihren Eltern nach dem Schlachthofe geschickt worden sind, obgleich

der Verkäufer erst um 8 Uhr begann. Um der Familie ein Stück Fleisch zu billigem Preis zu verschaffen, müssen die Kinder also einen Teil ihrer Nachtruhe opfern und verjümen außerdem die Schule. Im Hinblick hierauf schreibt Schlachthofdirektor Jeeb in der „Dtsch. Schlacht- und Viehh.-Ztg.“, daß auch in Offenbach eine Zeitlang genau dieselben Verhältnisse bestanden hätten. Als der Unflug immer größer geworden sei, sei eine Bekanntmachung erlassen worden, daß Fleisch auf der Freibank an Kinder unter vierzehn Jahren überhaupt nicht abgegeben werde. Hierzu bemerkt er noch, daß in Offenbach nur an einem Tage in der Woche, und zwar am Sonntag, Fleisch auf der Freibank verkauft werde, daß es an den übrigen Tagen der Woche wegen Geldmangels bei der Arbeiterschaft nicht möglich sei, auch nur ein einziges Stück Vieh zu verkaufen.

Alles das aber hindert nicht, daß durch eine verkehrte Wirtschafts- und Steuerpolitik den ärmsten Schichten der Bevölkerung die Lebenshaltung immer mehr erschwert wird. Es ist wirklich eine Lust, zu leben!

Die Erhöhung der „Beerenzettelpreise“, d. h. der Preise für Erlaubnis-scheine zum Plündern von Beeren in Staatsforsten, welche die Regierung von Stettin angeordnet hat, und die auch wir in unserer Nr. 52 scharf kritisiert haben, ist wieder rückgängig gemacht worden. Der alte Preis von 5 Pf. statt der erhöhten Preise von 3 Mk. bzw. 1,50 Mk. für Personen unter 12 Jahren, ist wieder hergestellt worden für Ortsarme, sowie sonstige erwerbs- und arbeitsunfähige unterstützungsbedürftige Personen. Für Angehörige ständiger Waldarbeiter, ständiger Waldarbeiterinnen, oder solche Kulturarbeiterinnen, die während der Kulturzeit einen längeren, den örtlichen Verhältnissen angemessenen Zeitraum bei den Kulturarbeiten des letzten Jahres beschäftigt gewesen sind, sowie deren Angehörige, beträgt der Preis der Beerenzettel nach den neuesten Bestimmungen nur 50 Pfg. für alle anderen Personen bleibt der Preis von 3 bzw. 1,50 Mk. bestehen. Die Differenz ist zurückbezahlt worden.

Damit hat der Preßfeldzug und die Abwehr der Betroffenen selbst wenigstens einen teilweisen Erfolg gehabt. Am schlauesten hätte die Regierung in Stettin gehandelt, wenn sie den verkehrten Erlaß überhaupt völlig zurückgezogen hätte. Aber noch eine andere Frage muß aufgeworfen werden: Wer erleidet den zahlreichen armen Leuten, die infolge des erhöhten Preises für die Zettel auf das Sammeln von Beeren während der letzten Zeit verzichten mußten, den empfindlichen Schaden? Wer erleidet ferner der Allgemeinheit den Schaden, der ihr infolge Nichtverwertung der Beeren zugefügt worden ist? Wir glauben nicht, daß man sich in Stettin wegen der Verantwortung dieser Frage viel Kopfschmerzen machen wird. Den beabsichtigten Zweck, den notleidenden Agrariern billige Arbeitskräfte zu sichern, hat man jedenfalls erreicht.

Der 24. Verwaltungsbericht der Knappschaftsberufsgenossenschaft, der jetzt herausgegeben worden ist, läßt einen bedeutenden Aufschwung des deutschen Bergbaues im Jahre 1908 erkennen. Nach dem der Presse übermittelten Auszug belief sich die Zahl der versicherten Personen auf 798 378, das sind 65 794 mehr als im Vorjahre; an Löhnen wurden 1117 Millionen Mark gezahlt gegen 1030 Millionen im Jahre 1907. Die auf einen versicherten entfallende Lohnsumme berechnete sich im Durchschnitt auf 1399,26 Mark gegen 1407,31 Mark im vorhergehenden Jahre. Im ersten Berichtsjahre betrug der Durchschnittslohn 729,69 Mark. An Umlage waren fast 27 Millionen Mark aufzubringen. Die Summe der an die Unfallverletzten und deren Angehörige im Berichtsjahre gezahlten Entschädigungen belief sich auf 22½ Millionen Mark. Dem Reservefonds wurden mehr als 4 Millionen Mark zugeführt, wodurch er auf nahezu 54½ Millionen Mark gestiegen ist. Für Zwecke der Unfallverütung wurden rund 69 000 Mark aufgewendet. Die Verwaltungskosten berechneten sich auf 3,1 Proz. der Jahresumlage, die Kosten der Unfalluntersuchungen, der Feststellung der Entschädigungen usw., sowie die freiwillig aufgewendeten Kosten des Selbstvermögens innerhalb der ersten dreizehn Wochen nach dem Unfälle auf 3,4 Prozent der Jahresumlage. Auf einen Versicherten entfielen 33,43 Mark, auf 1000 Mark Lohnsumme 23,89 Mark Unfallkosten. Die Gesamtaufwendungen der Bergwerksunternehmer für die Berufsgenossenschaft betragen seit dem Bestehen derselben 273 Millionen Mark. Entsprechend der Vermehrung der Zahl der versicherten Personen hat sich auch die Zahl der Unfälle erhöht. Zur Anmeldung kamen 103 977 Unfälle, von denen 12 799 oder 16,03

auf 1000 versicherte Personen entschädigungspflichtig wurden. Beim Inkrafttreten des Unfallversicherungsgesetzes im Jahre 1886 entfielen auf 1000 Versicherte nur 6,60 entschädigungspflichtige Unfälle. Durch den Massenunfall auf Zeche Kabbob hat die Zahl der tödlich Verletzten die Höhe von 2051 erreicht, d. h. 2,57 auf 1000 Versicherte. Die Gefährlichkeit der Betriebe veranlaßte 66,73 Proz. aller Unfälle, 31,94 Proz. der Unfälle fallen den Verletzten selbst und deren Mitarbeitern zur Last, auf Mängel der Betriebe sind nur 1,33 Proz. der Unfälle zurückzuführen. Die meisten Unfälle entfallen auf den Dienstag und Sonnabend, die wenigsten auf den Montag, weil an diesem Tage infolge Feierns weniger Bergleute arbeiten. Von den Verletzten wurden 2204 Reserve beim Reichsversicherungsamt eingelegt, von der Berufsgenossenschaft 281; von den Entscheidungen fielen 1789 oder 82 Proz. zugunsten der Berufsgenossenschaft und 387 oder 18 Proz. zugunsten der Verletzten aus.

Die angeführten Zahlen, so schön sie sich auch ausmachen und so sehr sie die „soziale Fürsorge“ der Bergherren in ein möglichst helles Licht zu rücken bemüht sind, fordern doch zu einigen Worten der Kritik heraus. Es darf nämlich dabei nicht unerwähnt bleiben, welche furchtbaren Opfer an Gesundheit und Leben die Bergleute haben bringen müssen. Die Tatsache, daß selbst nach den Angaben der Berufsgenossenschaft über zwei Drittel aller Unfälle auf die Gefährlichkeit der Betriebe zurückgeführt werden muß, redet eine so deutliche Sprache, daß nichts hinzugefügt zu werden braucht. Und dann bedenke man, daß die Zahl der entschädigungspflichtigen Unfälle sich seit Bestehen des Unfallversicherungsgesetzes von 6,6 auf je 1000 versicherter Personen auf 16,03 erhöht hat. Das ist geradezu furchtbar! Auf der anderen Seite ergibt der Bericht ein Fallen der Lohnsumme trotz der herrschenden Feuerungsverhältnisse. Bei aller Schönfärberei also bieten die angeführten Zahlen keinen Anlaß zum Frohen.

Erwerbstätige Männer und Frauen in verschiedenen Ländern. Wie in Deutschland die Frauen in stets steigendem Umfange in das Erwerbsleben einbezogen werden und sich einem Beruf widmen müssen, so hat auch schon in vielen anderen Ländern die berufliche Arbeit der Frauen eine große Ausbreitung genommen. Von besonderem Interesse ist es, in welchem Verhältnis in den einzelnen Ländern die erwerbstätigen Männer zu den erwerbstätigen Frauen stehen. Nach der letzten Berufszählung vom Jahre 1907 wurden in Deutschland insgesamt 28 092 117 erwerbstätige Personen gezählt, davon waren 18 599 236 männlich und 9 492 881 weiblich. Auf je 100 männliche Erwerbstätige kamen in Deutschland 51 weibliche Erwerbstätige. Verhältnismäßig noch mehr erwerbstätige Frauen wurden gezählt in Frankreich und in Oesterreich; in Frankreich kamen auf je 100 erwerbstätige männliche Personen 52,6 erwerbstätige weibliche Personen, und in Oesterreich kamen sogar auf je 100 erwerbstätige männliche Personen 73 erwerbstätige weibliche Personen. In allen anderen Ländern, für die sich Ermittlungen anstellen lassen, war im Verhältnis die Zahl der erwerbstätigen weiblichen Personen niedriger als in Deutschland. Es kamen ferner auf je 100 erwerbstätige männliche Personen erwerbstätige weibliche Personen in Schottland 49, in Italien 48,1, in der Schweiz 47,1, in Dänemark 47, in Norwegen 46,3, in Belgien 44,6, in Ungarn 42,3, in England und Wales 41, in Irland 39, in Schweden 38, in den Niederlanden 28,9, in Spanien 22,7, in den Vereinigten Staaten von Amerika 22,2 und in Rußland 20,3. Je nach der sozialen Struktur eines Volkes und nach den wirtschaftlichen Verhältnissen sind die Frauen in einzelnen Erwerbszweigen besonders häufig anzutreffen. In Deutschland, England, Frankreich ist der größte Teil der Frauen in Industrie, Handel und Verkehr beschäftigt, in Ländern wie Oesterreich, Ungarn, Italien hauptsächlich in der Landwirtschaft.

Die Bevölkerung des Deutschen Reiches wird nach einer vorläufigen Schätzung auf Grund der bisherigen Bevölkerungszunahme in dem „Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich“ auf 63 886 000 Personen angegeben. Für Mitte 1908 war die Bevölkerung auf 62 982 000 geschätzt, so daß also im Laufe des Jahres eine Zunahme um beinahe 900 000 Personen stattgefunden hätte. Die Volkszählung vom 1. Dezember 1905 wies für das Reich 60 641 278 Einwohner auf, so daß also seitdem mit einer Zunahme von 3¼ Millionen Einwohnern gerechnet werden könnte.

Die Abführung von Gewerkebeiträgen für die politische Arbeiterpartei in England hat zu Konflikten geführt, da viele Mitglieder es für unzulässig halten, daß die zu gewerkschaftlichen Zwecken gezahlten Gelder zu politischen Zwecken verwendet werden. Die Angelegenheit ist zur endgültigen Entscheidung in zweiter Instanz den Lordrichtern überwiefen worden, die sich denn auch eingehend damit beschäftigt haben. Ihre Beratungen sind schon vor drei Wochen zu Ende geführt worden; die Veröffentlichung des Urteils aber ist noch nicht erfolgt, da die Lordrichter die Angelegenheit für zu wichtig erachten, daß sie mit ihrem endgültigen Urteil zurückhalten zu müssen glauben. Auf das Ergebnis der Verhandlungen darf man danach mit Recht gespannt sein.

Der Generalstreik in Schweden hat nun bereits die vierte Woche überdauert, ohne daß sein Ende abzusehen wäre. Denn auch jetzt kann von einer wesentlichen Änderung in der Situation nicht gesprochen werden. Die Zahl der Streikenden hat sich nach den Angaben des schwedischen Ministeriums des Innern um etwas über 2000 vermindert; das wären etwa 8 Prozent. Welchen Einfluß diese Abbrödelung auf den weiteren Verlauf der Dinge haben wird, läßt sich im Augenblick nicht übersehen. Der Landarbeiterstreik hat keine nennenswerte Bedeutung erlangt; die Ernte wird fast überall ohne Störung eingebracht. Leider werden die Verluste, durch Vermittlung dem Nissenkampfe ein Ende zu bereiten, immer zaghafter. Die öffentliche Meinung spricht sich mehr und mehr gegen ein Einschreiten der Regierung aus, weil auch Arbeiter, die geltende Löhne gebrochen haben, am Streik beteiligt sind. Die Regierung selbst scheint ebenfalls weniger als früher geneigt zu sein, irgendwelche vermittelnden Schritte zu tun. Zur genaueren Orientierung über den Verlauf des Kampfes verweisen wir auf den heutigen Leitartikel.

Gewerkevereins-Teil.

Breslau. Der Ortsverband hielt am Mittwoch, den 18. August, eine kombinierte Vorstandssitzung ab. Der Bezirksleiter, Kollege Richter, hielt einen Vortrag über: „Die Wahlen zur unteren Verwaltungsbehörde“; anschließend wurde eine Kommission von 5 Personen eingesetzt, die sich mit den sozialpolitischen Fragen und Wahlen beschäftigen soll. Hierbei wurde auch die im nächsten Jahre stattfindende Gewerkegewerkschaftswahl in die Debatte gezogen; die Vorarbeiten hierzu sollen in Angriff genommen werden. Der Bezirksleiter, Kollege Kerner, gab bekannt, daß in Breslau sehr viele Arbeitgeber die Beitragsmarken nicht in der Höhe, wie sie der § 34 des Invaliditäts-Versicherungsgesetzes verlangt, heben, und ersuchte deshalb um Ausbändigung des Materials, um die vorgefertigte Bescheide darauf hinweisen zu können. Nach Erzielung verschwiegener geschäftlicher Angelegenheiten - so soll u. a. Mitte Oktober für den Ortsverband ein Diskussionsklub errichtet werden - fand eine Besprechung der Artikel im Breslauer „General-Anzeiger“ statt. Es wurde eine Resolution angenommen, in der energisch gegen die in Nr. 221 und 223

des Breslauer „General-Anzeiger“ erschienenen Aufsätze, Verhinderung der Arbeitergewerkschaften betitelt, protestiert wird. Aber auch sonst bei der Stellungnahme der Redaktion dieser Zeitung häufig betraucht, daß sie die Vorstände der Gewerkevereine nicht nur nicht billigen, vielmehr scharf verurteilen müssen, wie speziell die Gewerkevereine nur zu oft die Erfahrung machen mußten, daß der Redaktion überhandlende Berichte dort keinerlei Beachtung fanden. Aus all diesen Gründen mußte es der kombinierte Ortsverbandsvorstand der Beurteilung seiner Mitglieder überlassen, ob ihnen das Weiterhalten des Breslauer „General-Anzeiger“ noch geboten erscheint.

Verbands-Teil.

Versammlungen.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerkevereine (G.D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine, N.O., Greifswalderstraße 221/223. Letzte Sitzung nach den Ferien Mittwoch, 8. September. - Gewerkevereins-Liedertafel (G.D.). Jeden Donnerstag, abends 9 bis 11 Uhr, Übungsstunde im Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine (Grüner Saal). Gäste sind herzlich willkommen. - Diskussionsklub Woabit. Jeden Freitag, abends 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Rabau, Waldstraße 58. Am Freitag, 3. September, Vortrag des Kollegen J. Starz über: „Selbstbildung“. Gäste willkommen. - Fachwissenschaftlicher Diskussionsklub Berlin. Pflaferstraße 20. Sitzung jeden ersten und dritten Dienstag im Monat. - Sonnabend, 4. September. Maschinenbau- und Metallarbeiter I. Abends 8 1/2 Uhr bei Meldert, Bergstr. 69. Vortrag des Kollegen W. Gleihaus: „Die Ursachen der jetzigen Krise und Arbeitslosigkeit“. - Maschinenbau- und Metallarbeiter II. Abends 8 1/2 Uhr Versammlung, Fruchtstr. 36a. I. Mitteilungen. II. Unterstützungsgesuche. III. Berichte von den Kombinierten. IV. Vortrag des Kollegen J. Starz über: „Die letzte Schlofferbewegung“. - Maschinenbau- und Metallarbeiter III. Abends 8-10 Uhr Zapfenabend bei Rabau, Waldstr. 58. - Maschinenbau- und Metallarbeiter X. Abends 8 1/2 Uhr bei Gerals, Rauscherplatz 12 Versammlung und Vortrag des Kollegen Dornblüth über das Thema: „Was nützt uns eine Organisation?“. - Maschinenbau- und Metallarbeiter XII. Abends 8 1/2 Uhr Ortsversammlung bei Dsm. Berliner, Brunnenstr. 143. Bericht der Kombinierten und Werkstattangelegenheiten. Kohlenbefestigung. - Maschinenbau- u. Metallarbeiter XIII. Vereinsversammlung mit Damen, abends 8 1/2 Uhr bei Trantow, Schönhauser Allee 65. Vortrag des Verbandsvorstandes Kollegen R. Goldschmidt: „Die sozialen Einrichtungen der Stadt Berlin“.

Orts- und Nebinalverbände.

Nachh. (Diskussionsklub). Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Diskussionsabend bei Leugler, Ede Janemannplatz und Zillderstraße. - Hamburg (Ortsverband). Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr präz., im Hiltmann Hotel, Poststr., Diskussionsstunde (Diskussionsklub). Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat, abends 9 Uhr bei Vactor, Kaiser Wilhelmstraße 77. - Dresden (Diskussionsklub). Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sandlerbräu Webergasse 28, statt. Gäste willkommen. - Köln (Diskussionsklub). Sitzung jeden Mittwoch, abends 9 Uhr im Restaurant „Vater Rolping“, Giergasse 4. - Hamburg (Diskussionsklub). Jeden 2. u. 4. Mittwoch im Monat bei Paetow, Kaiser Wilhelmstraße. - Duisburg (Diskussionsklub). Jeden 1. und 3. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Hafemann, Friedrich Wilhelmstraße, Diskussionsabend. - Walsheim-Nuhr (Ortsverband). Jeden zweiten Sonntag

im Monat, vormitt. 10 Uhr, Vertreterführung beim Herr Joh. Müllr., Sandstraße 28. - Cottbus (Diskussionsklub). Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Kober, Berlinstr. 120. - Leipzig (Gewerkevereins-Vereinsrat). Die Übungsstunden finden jeden Mittwoch abends 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstraße 25, statt. Gäste und Stimmgebende Mitglieder sind herzlich willkommen. - Weihenfeld a. O. (Sonderabteilung der Gewerkevereine). Übungsstunde jeden Dienstag, abends 8 1/2 - 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Schützenstraße. Glanglebende Gewerkevereinskollegen stets willkommen. - Zierloh (Diskussionsklub). Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Zander, Oststr. - Ettita (Sängerchor der Gewerkevereine). Die Übungsstunden finden jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Lokal Kober, Poststr. 5, statt. Stimmgebende Kollegen sind herzlich willkommen. - Weihenfeld (Ortsverband). Sonnabend, 4. September im Restaurant Schumanns Garten Ortsverbandsvorversammlung. I. O.: 1. Verlesen des Protokolls letzte Versammlung. 2. Aussprache und Auffassung eines Kandidaten als Stabsverordneter. 3. Bericht über die Wagnaturn bei der Wahl der Kollegen zur unteren Verwaltungsbeförderung. 4. Verschiedenes. - Hannover-Linden u. Umgegend (Ortsverband). Sonnabend, 4. September, abends 8 Uhr, 41. Sitzung des in den Sälen der Königsworth, Brühlstr. 12. - Gelsenkirchen (Ortsverband). Jeden 1. Sonntag im Monat Ortsverbandsvorversammlung, vormittags 10 Uhr, im Vereinslokal E. Simon, Alter Markt. Die nächste Versammlung findet statt am Sonntag, den 5. September. Vortrag über: „Reichsversicherungsgesetz“. - Lützenfeld (Maschinenbau). Sonnabend, den 4. September, abends 8 Uhr bei Winkl, Lombardstr. Mitglieder-Versammlung.

Veränderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis. Dirschau (Ortsverband). Fr. Goerke, Schriftführer, Schloßstr. 17.

Literatur.

„Der Arbeitsmarkt“, Monatschrift des Verbandes Deutscher Arbeitssachverständiger, hat für den August eine Spezialnummer für Arbeitssachverständige herausgegeben. Dieselbe enthält u. a. Internationale Konferenz über Arbeitslosigkeit. - Zur Frage der Arbeitslosigkeit und der Arbeitssachverständigen. - Arbeitslosenverhältnisse, Arbeitslosenbeschäftigung und Arbeitslosenversicherung. - Die Monatschrift des Badischen Ministeriums des Innern über die Arbeitslosenversicherung. - Zur Beurteilung des Genter Systems. - Die Anfänge der Arbeitslosenversicherung in Italien. - Zur Einführung der Arbeitslosenversicherung in Bayern. - Gemeindliche Arbeitslosenversicherung in Bayern. - Das Arbeitslosenversicherungsproblem auf dem 10. bayerischen Städtetage. - Bibliographie der Arbeitslosenversicherung. - Die Arbeitslosenversicherung der Stadt Straburg i. Elz. - Ablehnung der Arbeitslosenversicherung in Schöneberg. - Arbeitslosenversicherung in den Niederlanden. - Inländischer Arbeitsmarkt: Rundschau über die Lage des Arbeitsmarktes. - Arbeitsnachwehverbände: Arbeitsvermittlung des Landesgenossenschaftsverbandes für Elsaß-Lothringen. - Arbeitsnachweise: Tätigkeitsbericht des Vereins für Arbeitsnachweise in Leipzig für 1908. - Tätigkeitsbericht des Arbeitsnachweises in Elmberg für 1908-09. - Schweberevermittlung in Düsseldorf. - Stellenvermittlung in Bayer. Rechtspraktikantenverbände. - Die Kosten der Arbeitsvermittlung in der Landwirtschaft. - Poln. Sachsenarbeiter in der Prov. Sachsen. - Amtliche Bekanntmachungen. Die Zeitchrift, herausgegeben von Prof. Dr. J. A. F. o. w. Berlin, erscheint im Verlage von Georg Reimer, Berlin, Luisenstr. 107-108.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Gewerkeverein der Deutschen Zigarren- und Tabakarbeiter. Agitationsbeamter gesucht!

Für unsern Gewerkeverein wird zu sofortigem Eintritt ein Agitationsbeamter gesucht. Bewerberinnen mit selbstständigen Lebenslauf und einem Auffass über: „Die sozial-wirtschaftlichen Aufgaben der Deutschen Gewerkevereine im allgemeinen sowie über die Tätigkeit eines Agitationsleiters im besonderen“, sind unter Befugung der Gehaltsansprüche bis zum 5. September ds. J. an den Generalsekretär Aug. Hoff, Seidelberg, Büdenstr. 17, einzuliefern. Besondere Kollegen werden bevorzugt.

Ausschreibung.

Gemäß Beschluß der letzten Generalversammlung unseres Gewerkevereins ist die Stelle des Hauptsekretärs und Kassierers neu zu besetzen. Kameraden und Verbandskollegen, die praktische bergmännische Kenntnisse besitzen und auf die Stelle reflektieren, wollen ihre Bewerbungsschreiben nebst kurz gefasstem Lebenslauf und einem Auffass über die Tätigkeit eines Gewerkevereinsbeamten bis zum 11. September ds. J. nach hier einreichen. Anfangsgehalt 140 Mk. monatlich, halbjährige Probezeit.

Oberhausen (Rhd.), Wülheimerstraße 182. Der Hauptvorstand des Gewerkevereins der Deutschen Bergarbeiter.

Herr L. E. (Ortsverb.). Durchreisende Bergarbeiterkollegen erhalten 0,75 Mk. Bergarbeiterkarte bei Auguſt Reiser, Fruchtstr. 61. Mittwoch, von 12-1, abends von 7-8 Uhr. Rippstadt (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 0,75 Mk. Reisereisekarte beim Ortsvereinskassierer J. Berglar, Rippstadt, Wäckerstraße 189.

Tanz-Schule

Otto Herzbach, (Gewerkevereinshaus), Greifswalderstraße 221. Beginn neuer Tanzkurse Anfang und Mitte jedes Monats. Damen, welche gewillt sind, meinem Tanzinstitut beizutreten, erhalten zur Verdovollständigung der Paare freien Unterricht.

Gef. Meldungen erbeten bis Sonntag, 5. September, in oben genanntem Institut. Einem zahlreichen Zuspruch entgegensehend. Hochachtungsvoll Otto Herzbach, Tanzlehrer.

Für Vereinsbibliotheken!

300 Bände Romane, Erzählungen, h. moralische Werke, Geschichtsbücher, sämtlich neu und gut gebunden, sind billig zu verkaufen. 1. Serie ca. 95 Bände 60 Mk. 2. „ „ 85 „ 25 „ 3. „ „ 87 „ 25 „ 4. „ „ 50 „ 25 „ 5. „ „ 50 „ 25 „ Hähere Auskunft erteilt der Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 221/28.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerkevereine.

Durch unser Bureau sind folgende Schriften zu beziehen: Sozialdemokratie u. Arbeiterschaft v. Dr. jur. R. Fr. u. n. d. Preis 40 Pfg. Volks-Wirtschaftslehre von Dr. E. J. Fuchs. Preis 80 Pfg. Muster zu Anträgen, Klagen- und Beschwerdeschriften in Angelegenheit der Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 60 Pfg. Was muß jeder Versicherter von der Arbeiterversicherung wissen? Welche Ansprüche hat der Versicherte und wie hat er seine Rechte wahrzunehmen? Preis 35 Pfg. Die reichsgesetzliche Arbeiterversicherung (Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung). Preis 1,50 Mk. Gewerbeordnung für das Deutsche Reich. Preis gebunden 80 Pfg. Krankenversicherungsgesetz nebst dem Hilfsleistungsgesetz. Preis gebunden 20 Pfg. Arbeitsstatistik der Deutschen Gewerkevereine für das Jahr 1906. Preis 3 Mk. Früher erscheinende Statistiken können ebenfalls noch zu denselben Preise bezogen werden. Auch alle anderen volkswirtschaftlichen Schriften und Gesetzbücher, wie auch Bücher und Schriften jeder anderen Art für die Vereinsbibliotheken, sind zum Buchhandlungspreise durch das Verbandsbureau zu beziehen. Der Bestellung bitten wir stets den Geldbetrag beizufügen, da andernfalls der Auftrag durch Nachnahme erledigt wird. Selbstsendungen sind immer zu richten an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/28. Das Bureau des Zentralrats. Rudolf Klein.